

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 20

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

---

#### Artikel 20: Der Gerichtshof der Europäischen Union

(1) Der Gerichtshof, einschließlich des ~~Hochinstanzlichen~~ Gerichts, sichert die Wahrung der Verfassung und des Rechts der Union.

~~Die Mitgliedstaaten schaffen die erforderlichen Rechtsbehelfe, damit ein wirksamer Rechtsschutz auf dem Gebiet des Unionsrechts gewährleistet ist.~~

(2) Der Gerichtshof besteht aus einem Richter je Mitgliedstaat und wird von Generalanwälten unterstützt. Das ~~Hochinstanzliche~~ Gericht besteht aus mindestens einem Richter je Mitgliedstaat; die Zahl der Richter wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt. Zu Richtern des Gerichtshofs und des ~~Hochinstanzlichen~~ Gerichts sowie Generalanwälten des Gerichtshofs sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und die in Artikel [XX] des Teils II verlangten Voraussetzungen erfüllen; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt. Die Wiederernennung ausscheidender Mitglieder ist zulässig.

(3) Die europäische Gerichtsbarkeit~~Der Gerichtshof~~ entscheidet

- über Klagen der Kommission, eines Mitgliedstaats, eines Organs oder juristischer oder natürlicher Personen in den Fällen und nach den Modalitäten, die in den Artikeln [YY] des Teils II vorgesehen sind;
- im Wege der Vorabentscheidung auf Antrag der einzelstaatlichen Gerichte über die Auslegung des Unionsrechts oder über die Gültigkeit der von den Organen erlassenen Rechtsakte;

~~über Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des Hochinstanzlichen Gerichts oder überprüft in Ausnahmefällen diese Entscheidungen nach Maßgabe der Bedingungen, die in der Satzung des Gerichtshofs vorgesehen sind.~~

---

### **Explanation:**

Zu Abs. 1: Die Bezeichnung "Hochinstanzlich" ist im Deutschen sprachlich unglücklich und würde in der Öffentlichkeit entsprechende Reaktionen auslösen. Es genügt, entsprechend der bisher schon teilweise geübten Praxis von "Gericht" zu sprechen. In den meisten Sprachen ist eine entsprechende Differenzierung möglich und üblich (ex. "cour"/"tribunal"). Das Problem stellt sich nur in wenigen Sprachen und sollte dort jeweils angemessen gelöst werden.

Der Unterabsatz 2 sollte gestrichen werden, vgl. Änderungsantrag des Konventsmitglieds Joschka Fischer zu CONV 691/03.

Zu Abs. 3: Der Begriff "Gerichtshof" wird in den Anstrichen 1 und 2 für Gerichtshof und Gericht, also die Europäische Gerichtsbarkeit insgesamt gebraucht. Nur der dritte Anstrich bezieht sich ausschließlich auf den Gerichtshof. Dieser Anstrich ist entbehrlich: die Rechtsmittelfunktion ergibt sich aus Art. 225 im Teil II.

### **Ergänzender Hinweis:**

Als Folgeänderung sollte in den Artikeln 224 und 225 jeweils der Begriff "Hochinstanzliche" gestrichen werden.

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 224a

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

---

### ~~Artikel 224a~~

~~Es wird ein Ausschuss eingerichtet, der die Aufgabe hat, vor der Entscheidung der Regierungen der Mitgliedstaaten gemäß den Artikeln 223 und 224 ein Gutachten über die Eignung der Bewerber für die Ausübung des Amts eines Richters oder Generalanwalts beim Gerichtshof oder beim Hochinstanzlichen Gericht zu erstellen.~~

~~Der Ausschuss setzt sich aus sieben Persönlichkeiten zusammen, die aus dem Kreis ehemaliger Mitglieder des Gerichtshofs und des Hochinstanzlichen Gerichts, der Mitglieder der höchsten einzelstaatlichen Gerichte und der Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung stammen, von denen einer vom Europäischen Parlament vorgeschlagen wird. Die Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses und die Vorschriften für seine Arbeitsweise werden vom Rat auf Vorschlag des Präsidenten des Gerichtshofs mit qualifizierter Mehrheit beschlossen.~~

---

### Explanation:

Der Artikel ist zu streichen. Der vorgesehene Begutachtungsausschuss führt nicht zu einem transparenteren Verfahren. Ein Bedürfnis für einen solchen Ausschuss ist auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen nicht zu erkennen. Das in Absatz 1 vorgesehene umfangreiche Gutachten über die Eignung der Bewerber greift zu stark in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Beurteilung der fachlichen Eignung von Richterinnen und Richtern ein. Die in Absatz 2 vorgesehene Zusammensetzung des Gremiums aus sieben Personen würde zu Streitigkeiten wegen der Staatsangehörigkeit der Mitglieder führen. Außerdem ist problematisch, dass das Vorschlagsrecht dem Präsidenten des EuGH zukommen soll, da in Verbindung mit der Zusammensetzung des Ausschusses, der in erster Linie aus früheren Angehörigen der europäischen Gerichtsbarkeit bestehen soll, die europäischen Richter einen zu großen Einfluss auf ihre Nachfolger erhalten würden.

**Ergänzender Hinweis:**

Als Folgeänderung sollten in den Artikeln 223 und 224 die Bezugnahmen auf Artikel 224a entfallen.

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 228

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

---

### Artikel 228

(1) Stellt der Gerichtshof fest, dass ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus der Verfassung verstoßen hat, so hat dieser Staat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

(2) **Hat nach Auffassung der Kommission der betreffende Mitgliedstaat die Maßnahmen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergeben, nicht getroffen, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen, nachdem sie diesem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung gegeben hat.** Hierbei benennt sie die Höhe des von dem betreffenden Mitgliedstaat zu zahlenden Pauschalbetrags oder Zwangsgelds, die sie den Umständen nach für angemessen hält.

Stellt der Gerichtshof fest, dass der betreffende Mitgliedstaat seinem Urteil nicht nachgekommen ist, so kann er die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds verhängen.

Dieses Verfahren lässt den Artikel 227 unberührt.

~~(3) Erhebt die Kommission beim Gerichtshof Klage gemäß Artikel 226, da sie der Auffassung ist, dass der betreffende Staat gegen seine Verpflichtung verstoßen hat, Maßnahmen zur Umsetzung eines Rahmengesetzes mitzuteilen, so kann sie, wenn sie dies für angemessen hält, den Gerichtshof in demselben Verfahren ersuchen, gegen den betreffenden Mitgliedstaat die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds zu verhängen, wenn der Gerichtshof einen Verstoß feststellen sollte. Gibt der Gerichtshof dem Antrag der Kommission statt, so wird die fragliche Zahlung innerhalb der vom Gerichtshof in seinem Urteil festgelegten Frist rechtswirksam.~~

---

**Explanation:**

Absatz 3 ist zu streichen. Wenn in ein und demselben Verfahren die Vertragsverletzung und das Zwangsgeld festgelegt werden können, so birgt dies angesichts der nötigen parlamentarischen Verfahren insbesondere in föderalen Staaten die Gefahr, dass trotz redlichen Bemühens um Abhilfe ein Mitgliedstaat hohe finanzielle Sanktionen zahlen muss.

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 230

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

---

#### Artikel 230

(1) Der Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit der **europäischen Gesetze und Rahmengesetze** sowie der Rechtsakte des Rates, der Kommission und der EZB, soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt, und der Rechtsakte des Europäischen Parlaments mit Rechtswirkung gegenüber Dritten. **Er überwacht ebenfalls die Rechtmäßigkeit der Rechtsakte der Ämter, Agenturen und Einrichtungen der Union, die Rechtswirkung gegenüber Dritten haben.**

(2) Zu diesem Zweck ist der Gerichtshof für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat, das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung der Verfassung oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt.

(3) Der Gerichtshof ist unter den gleichen Voraussetzungen zuständig für Klagen des Rechnungshofs, der Europäischen Zentralbank **und des Ausschusses der Regionen**, die auf die Wahrung ihrer Rechte abzielen.

(4) Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen **die an sie ergangenen oder sie unmittelbar und individuell betreffenden Rechtsakte sowie gegen ~~Durchführungsrechtsakte~~ Rechtsakte mit allgemeiner Geltung, die sie unmittelbar betreffen, ohne Durchführungsmaßnahmen zu umfassen, Klage erheben.**

(5) **In den Rechtsakten zur Gründung von Einrichtungen, Ämtern und Agenturen der Union können besondere Bedingungen und Modalitäten für die Klageerhebung von natürlichen oder juristischen Personen gegen die mit einer Rechtswirkung verbundenen Rechtsakte dieser Einrichtungen, Ämter und Agenturen vorgesehen werden.**

(6) Die in diesem Artikel vorgesehenen Klagen sind binnen zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falles von der Bekanntgabe des betreffenden Rechtsakts, seiner Mitteilung an den Kläger oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von diesem Rechtsakt Kenntnis erlangt hat.

---

### **Explanation:**

Zu Absatz 2: Von zentraler politischer Bedeutung ist für Deutschland, dass ein Klagerecht beider Kammern nationaler Parlamente in Subsidiaritätsfragen vorgesehen wird. Dies ist an geeigneter Stelle der Verfassung zu regeln.

In Absatz 4 ist das Wort „Durchführungsakte“ durch das Wort „Rechtsakte mit allgemeiner Geltung“ zu ersetzen. Nicht zuletzt zur Gewährleistung der Grundrechte besteht auch ein Bedürfnis nach Rechtsschutz gegen Gesetze. Dieser Änderungsvorschlag entspricht der Auffassung der Mehrheit im Arbeitskreis I "Gerichtshof" und den dort eingebrachten deutschen Forderungen.

## AMENDMENT FORM

**Suggestion for amendment of Article : 240a**

**By Mr : Joschka Fischer**

**Status : - Member**

---

### Artikel 240a

**~~Der Gerichtshof ist nicht zuständig.~~ In Bezug auf die Artikel 29 und 30 des Teils I und in Bezug auf die Bestimmungen von Kapitel I des Teils II betreffend die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, ist der Gerichtshof nur für Verfahren gemäß Art. 230 Abs. 4 und Art. 234 zuständig, wenn Einzelne unmittelbar und individuell betroffen sind.**

---

### **Explanation:**

Ein vollständiger Ausschluss der Gerichtsbarkeit im GASP-Bereich ist nicht gerechtfertigt. Vielmehr muss im Hinblick auf Durchführungsmaßnahmen, die Einzelne unmittelbar und individuell betreffen, der Rechtsschutz gesichert sein. Dies ist ein Erfordernis der Rechtsstaatlichkeit.

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 240b

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

---

### Artikel 240b

~~Bei der Ausübung seiner Zuständigkeiten im Rahmen der Kapitel 3 und 4 des Titels [...] betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist der Gerichtshof nicht zuständig für die Überprüfung der Gültigkeit oder Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen der Polizei oder anderer Strafverfolgungsbehörden eines Mitgliedstaats oder der Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit, **wenn die entsprechenden Handlungen unter das innerstaatliche Recht fallen.**~~

---

### Explanation:

Der Artikel sollte gestrichen werden. Gemäß dem Bericht der Arbeitsgruppe Freiheit, Sicherheit und Recht sollte die Rechtskontrolle durch den EuGH im Bereich Justiz und Inneres nicht eingeschränkt werden. Der Änderungsvorschlag entspricht dem Änderungsantrag, den Konventsmitglied Joschka Fischer zu CONV 614/03 (Art. 9) vorgelegt hat.